INFORMATIONSBRIEF [03/2021]

CHRISTLICHE LIBERALE

Inhalt

Editorial	**1**
Geistliches Wort	**2**
Theologisch und politisch ist Verantwortungsethik gefragt	**9**
Gott mit Stern	**12**
Politischer Islam	**15**
Die Ampel-Koalition und die Kirchen	**21**
Das Ampel-Kabinett und Gott	**22**
Gärten, Schlösser und Kirchen im Burgund (Vorankündigung)	**23**

Editorial

Berlin, im Advent 2021

Liebe Mitglieder der Christlichen Liberalen, sehr geehrte Damen und Herren!

Für diesen Infobrief haben wir wieder vielfältige Beiträge zu politischen Themen zusammengestellt, mit denen wir Sie über ein weites Spektrum politischer und gesellschaftlicher Fragestellungen informieren und Ihnen dabei gerne christlich-liberale Sichtweisen an die Hand geben möchten. Wir widmen uns den Begriffen der Gesinnungs– und Verantwortungsethik und der Initiative einer katholischen Jugendorganisation, Gott zu gendern. Weiterhin stellen wir vor, was im Koalitionsvertrag zum Thema Kirchen zu finden ist und laden Sie zu einer Diskussion um den politischen Islam ein. Entsprechend guter Tradition macht aber ein geistliches Wort unseres geschätzten Vorstandsmitgliedes, Jörg Diehl, den Anfang.

Der Vorstand der Christlichen Liberalen wünscht Ihnen und Ihren Familien recht herzlich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest!

Pascal Kober, MdB

1.Vorsitzender

Geistliches Wort

Von Jörg Diehl

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitglieder und Freunde der Christlichen Liberalen,

I.

„**vuZ**“ und „**nuZ**“ sind nicht die Namen irgendwelcher Helden einer Comicserie oder die Hauptdarsteller einer Neuausgabe der „Sesamstraße“. Auch in der „ZDF-Heute Show“ sind sie namentlich noch nicht in Erscheinung getreten.

Es sind die unprätentiösen Abkürzungen, die ohne Bezug auf die christliche Tradition und *ihre* Zeitrechnung – vor und nach *Christi Geburt* – diese ausblenden und sachlich, kühl und distanziert nicht nur dem säkularen und weltanschaulich neutralen Staat ihre Referenz erweisen, sondern – wie das Beispiel der ehemaligen DDR zeigt – auch dezidiert antiklerikal und atheistisch sich verstehen. Kurzum: „*vor* unserer und *nach* unserer Zeitrechnung“.

Gerard van Honthorst, Anbetung der Hirten (Kirchgemeinde Pantlitz, ca. 1622)

Kurios dabei dürfte sein, dass diese Zeitrechnung nicht ohne einen konkreten Fixpunkt, ein konkretes Ereignis auskommt, das allerdings nicht genannt wird und von dem aus die Zeit davor und danach angegeben wird. Der Fixpunkt, das konkrete Ereignis, ist nun einmal ***Weihnachten, die Geburt Jesu***.

II.

Allerdings – und da liegen „vuZ“ und „nuZ“ nicht ganz daneben – ist es historisch unklar, wann genau unsere Zeitrechnung beginnt, wann Jesus genau geboren worden ist: Das Jahr Null ist eine künstliche Festlegung. Folgt man den Evangelien, die Jesus in der Zeit von Herodes dem Großen und dem römischen Kaiser Augustus das Licht der Welt erblicken lassen, so könnte er in den Jahren sieben vor und vier bzw. sieben n.Chr. geboren worden sein. Auch die Jahreszeit und das genaue Geburtsdatum stehen nicht fest:

Christus als Sol Invictus im Mausoleum M in der Nekropolis des Vatikan (Mosaik, spätes 3. Jahrhundert)

Dass die westliche Christenheit am 25. Dezember Weihnachten, die Geburt Jesu, feiert, ist das Ergebnis der Festlegung der alten Kirche im 4. Jahrhundert n.Chr.: Jesus, „das Licht der Welt“,

wie er im Johannesevangelium sich selbst tituliert, wird mit dem Fest des „Sol invictus“, dem Gott der unbesiegbaren Sonne gleichgesetzt, bzw. ersetzt diesen. Da der 25. Dezember als Sonnenfest im ganzen römischen Reich verbreitet war, ist davon auszugehen, dass die Übereinstimmung von christlicher Seite nicht nur in Kauf genommen wurde, sondern gewollt war. Hinzu kommt, dass der 25. Dezember der Tag der Wintersonnenwende war und von da ab die Tage wieder länger und die Nächte kürzer werden. *Ostern*, die Botschaft von der Auferstehung, ist somit eng mit Weihnachten, der Geburt Jesu, verschwistert.

III.

Wie dem nun auch sei – Es ist letztlich unerheblich, wann genau Jesus geboren wurde. Entscheidend ist, dass dieses Ereignis die Welt veränderte. Der Evangelist Lukas berichtet:

> ***„1 Es geschah aber in jenen Tagen, dass ein Gebot vom Kaiser Augustus ausging, den ganzen Erdkreis aufzuschreiben. 2 Dieser Zensus war der erste, er geschah, als Quirinius über Syrien herrschte. 3 Und alle gingen, sich aufschreiben zu lassen, ein jeder in seine eigene Stadt.***
> ***4 Da ging auch Joseph aus Galiläa, aus der Stadt Nazareth, hinauf nach Judäa in die Stadt Davids, die da heißt Bethlehem, weil er aus dem Hause und Geschlechte Davids war, 5 um sich einzutragen mit Maria, seiner Angetrauten; die war schwanger. 6 Es geschah aber, als sie dort waren, dass sich die Tage erfüllten, dass sie gebären sollte,***
> ***7 und sie gebar ihren Sohn, den Erstgeborenen, und wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe, denn in der Herberge war kein Platz für sie.***
> ***8 Und Hirten waren in jener Gegend auf dem Felde bei den Hürden und hielten Nachtwachen bei ihrer Herde. 9 Und der Engel des Herrn trat zu ihnen, und die Herrlichkeit des Herrn umstrahlte sie, und sie fürchteten sich sehr. 10 Und es sagte ihnen der Engel: „Fürchtet euch nicht!***
> ***Siehe, ich verkündige euch eine große Freude, die dem ganzen Volk bereitet ist;***
> ***11 denn heute ist euch der Retter geboren, der ist Christus, der Herr, in der Stadt Da-***

vids. 12 Und das habt zum Zeichen: Ihr werdet finden ein Kind, in Windeln gewickelt, in einer Krippe liegen.“ 13 Und plötzlich war mit dem Engel die Fülle der himmlischen Heerscharen, die lobten Gott und sprachen: 14 „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden den Menschen seines Wohlgefallens.“, Lukas 2,1-14.

Altbekannte, wohlvertraute und alle Jahre wieder von vielen Kanzeln und wohl auch immer noch in der einen und anderen Familie verlesene Worte.

Die Weihnachtsbotschaft, ihre unmissverständliche Botschaft, 2021 und das zweite Jahr mit Corona und all den damit verbundenen Verwerfungen: *„Fürchtet euch nicht! Siehe ich verkündige euch eine große Freude, die dem ganzen Volk bereitet ist.“ Und: „Friede auf Erden den Menschen seines Wohlgefallens.“*

Die *Schlüsselbegriffe*, die *Kernbotschaft*, von Weihnachten sind hier genannt: ***Furchtlosigkeit, Freude und Friede.*** Es mag angesichts all der Probleme und der Weltlage zynisch klingen, an Weihnachten diese frohe Botschaft zu verkünden – die pandemische Situation weltweit; ihre an die Grenzen des Menschenmöglichen gehenden Herausforderungen; dem vielfachen Tod, den das Virus in seinem Schlepptau mit sich führt; der Isolation, Kontaktbeschränkung und Einsamkeit älterer und in Heimen pflegebedürftiger Menschen; Flucht und Migration von Tausenden von Menschen, begleitet vom Tod auf offener See; oder das gefährliche militärische Säbelrasseln an den Rändern Europas und in Fernost. Der Probleme und Herausforderungen sind viele und Aussicht auf Entspannung der Lage scheint nicht, oder nur bedingt, in Sicht.
Und dann die Weihnachtsbotschaft, die mitten in dieses Problemgemenge hinein gesprochen wird. Zynisch für die einen, naiv für die anderen. Völlig unbrauchbar für die dringend notwendige Problem- und Konfliktlösung und ihren nachhaltigen Erfolg. Bestenfalls tauglich für die feierliche Selbststimulierung einmal im Jahr. Die Vermutung eines Placebo Effektes, eines

Selbstbetruges liegt somit auf der Hand.

IV.

Doch damit wird man der Botschaft von Weihnachten, der frohen Botschaft der Menschwerdung Gottes nicht gerecht. Ja, man verkennt den Kern dieser Botschaft:

Der Aufruf zu Furchtlosigkeit, Freude und Friede erging in einer Zeit, die alles andere als friedlich und frei von Furcht war: Aufstände gegen die römische Besatzung wurden von römischen Truppen blutig niedergeschlagen; Steuer - und Abgabenlast waren erdrückend; Armut und Hunger waren ständige Begleiter; hohe Kindersterblichkeit und überhaupt eine geringe Lebenserwartung; Aussatz, Pocken und Seuchen wie Pest und andere ansteckende Infektionskrankheiten keine Seltenheit.

Anbetung der Könige (Bruegel, 1564)

Und dann diese Worte der Weihnachtsbotschaft!

Es wäre unlauter und unzulässig, das Damals mit dem Heute gleichzusetzen. Die Welt und das Leben damals waren anders, sicherlich mühsamer, unsicherer und bedrohlicher als heute. Die Probleme und Herausforderungen mögen auf den ersten Blick mit heute nicht eins zu eins vergleichbar sein. Dennoch sind Furcht und Angst, Kriege und Be-

drohungen durch Kriege, epidemische Krankheiten, Hunger, Vertreibung und Tod nicht aus der Welt verschwunden.

Die Frage drängt sich auf, ob es angesichts dieser sich in zweitausend Jahren anscheinend nicht wesentlich geänderten Lage Sinn macht, die frohe Botschaft von Weihnachten alle Jahre wieder und so auch im Jahr 2021 zu verkünden.

V.

Hat das Leben, hat die *Weltgeschichte* einen Sinn? Der liberale Philosoph Karl Raimund Popper beginnt das letzte Kapitel seines Buches „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" mit dieser Frage. Und seine Antwort: Nein, es gibt keinen Sinn in der Weltgeschichte, ohne wenn und aber. Stattdessen gilt: Alles Leben ist Problemlösen, dem auch aus christlicher Sicht zuzustimmen ist.

Hat das *Leben* einen Sinn im Angesicht der aktuellen Lage? Diese Frage zu bejahen könnte eine Lüge sein; sie zu verneinen eine noch größere.

Die Weihnachtsbotschaft bietet bei der Beantwortung dieser Frage nicht nur einen Ausweg, sondern eine klare Antwort:

Es macht Sinn, dem Leben Sinn zu geben – und es ist allemal mehr als sinnvoll als sinnlos, im festen Vertrauen auf die weihnachtliche frohe Botschaft der Menschwerdung Gottes dieses Ereignis mit Freude, Furchtlosigkeit, Mut und friedensfördernd und –stiftend und damit *sinnstiftend* in unsere so unfriedliche Welt zu tragen.

VI.

Dieses „Dennoch" und „Trotzdem" war und ist kein Ausruf der Verzweiflung in letzter Minute, sondern eine kleine „Revolution der Denkungsart": dass Gott Mensch wird, war für die damalige Zeit ein Unding und nicht vorstellbar und glich geradezu einer blasphemischen Got-

teslästerung. Dass der Göttliche tief in die menschlichen (Ab-) Gründe sich begibt: für die einen ein Ärgernis, für die anderen eine Torheit: skandalös für die Antike, denn ein Gott war Gott und konnte nicht Mensch werden, übrigens auch nicht sterben; für den modernen säkularen und auch atheistisch eingestellten Menschen ist die Menschwerdung Gottes in der Geburt Jesu aber weniger ein Skandal und eine Gotteslästerung, sondern eher etwas Peinliches. Für heutige Zeitgenossen dürfte dies mehr eine Torheit als ein Ärgernis sein.

VII.

Es stimmt: „vuZ“ und „nuZ“ liegen darin richtig, dass der Zeitpunkt für den Beginn der Zeitrechnung nicht eindeutig und damit absolut festzulegen ist; allerdings unterschlagen diese Kürzel das historische Ereignis und die damit einhergehende *„Revolution der Denkungsart“*, die Geburt Jesu, die Menschwerdung Gottes. Allein schon aus Achtung und Respekt vor dem historischen Hintergrund und seiner jahrtausendwährenden Überlieferung und Transformation in unsere Kultur (man denke nur an die musikalische Transformation der christlichen Botschaft von Weihnachten und Ostern in Johann Sebastian Bachs oder Johann Wolfgang Mozarts Oeuvre und vieler anderer mehr) und in Anbetracht der Tatsache, dass gerade Weihnachten und seine universale Botschaft der Freude, des Mutes und des Friedens elementare Bestandteile nicht einfach nur unserer Kultur sind, sondern zu dem gehören, was der säkulare, religiös und weltanschaulich neutrale Staat nicht bringen kann –

Peter Paul Rubens, Anbetung der Könige, ca. 1633

denn er „*lebt*“ wie der ehemalige Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde zu recht formulierte *„von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“* – macht es mehr als nur Sinn, dem Leben Sinn zu geben. Und deshalb gilt auch 2021 – trotz allem:

Frohe und gesegnete Weihnachten, Ihnen, Euch, Ihren Familien und allen Euren Lieben!

Ihr und Euer Jörg Diehl

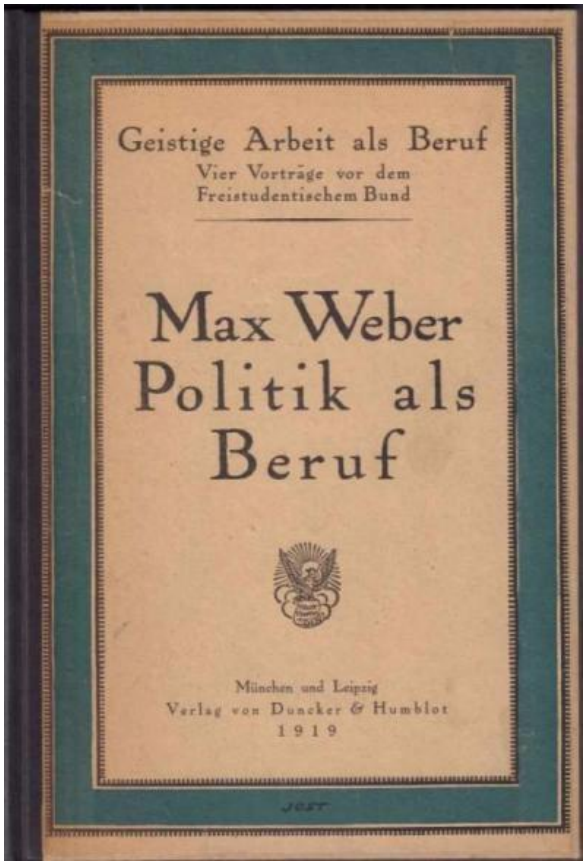
Theologisch und politisch ist Verantwortungsethik gefragt

Von Gunter Zimmermann

Nicht erst seit der gegenwärtig kritischen Lage an der weißrussisch-polnischen Grenze sind die grundlegenden Gedanken über Gesinnungs- und Verantwortungsethik, die Max Weber nach dem Ersten Weltkrieg in seiner Schrift „Politik als Beruf“ entwickelt hat, für die theologische und politische Diskussion, den Kernbereich der Christliche Liberalen, bedeutsam. Verantwortungsethik bedeutet nach Weber, bei Entscheidungen oder bei der Beurteilung moralischen Handelns, die tatsächlichen Ergebnisse und deren Verantwortbarkeit in den Vordergrund zu stellen. Gesinnungsethik ist dagegen dadurch definiert, dass als einziger Maßstab für moralisches Handeln die subjektive Überzeugung von der Richtigkeit gilt. Der Soziologe sieht die Verantwortungsethik, um dies von vorherein zu betonen, als die zukunftsbezogene, dynamische Ethik für eine demokratische Gesellschaft, während er die Gesinnungsethik als eine rückwärtsgewandte, statische Regression in die überwundene Vergangenheit einer patriarchalischen Gesellschaft begreift.

Leider ist diese kindliche Regression nicht so überwunden, wie der in diesem Punkt erstaunlich optimistische Wissenschaftler geglaubt hat. Gesinnungsethisch motiviert war z.B. die Euphorie

im Herbst 2015, mit der Migranten aus aller Welt in Deutschland willkommen geheißen wurden. Das Schleudern von Teddybären war wohl eine Reminiszenz an die frühe Kindheit, die in der Gesinnungsethik wiederbelebt wird.



Titelblatt von Max Webers „Politik als Beruf“ von 1919, in dem er die Begriffe Gesinnungs– und Verantwortungsethik entwickelte

Die gesinnungsethische Haltung ist trotz aller schlimmen Erfahrungen immer noch bei Parteien und Gruppierungen, darunter auch kirchlichen Kreisen, anzutreffen, die jetzt Polen für seine energische Verteidigung der Landesgrenzen und der eigenen Staatlichkeit angreifen. Gesinnungsethisch treten sie für eine Kapitulation vor dem weißrussischen Diktator ein und fordern die Aufnahme aller Migranten in der Bundesrepublik, ohne über die möglichen innenpolitischen Folgen für die Gesamtgesellschaft, das politische Gemeinwesen – und damit auch für die Migranten selbst – nachzudenken.

Dass eine derartige Kapitulation für Lukaschenko nur eine Aufforderung darstellt, das lukrative Geschäft weiter zu betreiben, wird gesinnungsethisch vollkommen ausgeblendet. Auch die Möglichkeit, dass sich andere Nutznießer finden, die ein derartig erfolgreiches Modell zur Nachahmung reizt, wird nicht wahrgenommen. Ignoranz ist das Kennzeichen gesinnungsethischer Haltungen, die letzten Endes kindliche Naivität reproduzieren.

Neben dieser problematischen Einstellung ist an gesinnungsethisch orientierten Gruppen, auch den kirchlich engagierten, die moralische Überheblichkeit zu beobachten, die egozentrisch die

eigene Überzeugung zum Maß aller Dinge erklärt. Die Polemik gegen die polnische Regierung, die mit der Schließung der Grenzen und der Abwehr der Migranten nur einen Auftrag der EU erfüllt, ist ein Zeichen dieser moralischen, im Grunde pharisäerhaften Anmaßung. Auch sie erinnert an die Trotzphase kleiner Kinder, die nicht einsehen wollen, dass die Welt sich nicht nach ihren Maßstäben verhält.

Verantwortungsethik beginnt mit der schlichten Überlegung, dass ein demokratischer Rechts- und Verfassungsstaat, aber auch ein Staatenverbund wie die EU, ohne feste Grenzen und stabile Begrenzungen nicht existieren kann. Wer dieses fundamentale Prinzip nicht akzeptiert, sägt – vielleicht gegen seine eigenen Intentionen – im übertragenen Sinne den Ast ab, auf dem alle Bürger eines demokratischen Rechts- und Verfassungsstaats (und der EU) sitzen. Er betrachtet eben nicht die Folgen seines Handelns, was für Gesinnungsethiker *per definitionem* typisch ist.

Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze © Kancelaria Premiera CC BY-NC-ND 2.0

Des Weiteren ist klar, dass ohne feste Grenzen die Integration von Migranten in eine bestehende Gesellschaft nicht möglich ist. Ohne diese Integration ist wiederum auch ein reibungs- und störungsloses Zusammenleben nicht zu erreichen, so dass auch deshalb der verantwortungsethisch Denkende, der die Ergebnisse des Handelns reflektiert, auf die Beachtung der stabilen Begrenzungen dringen muss.

Wenn Angelika Merkel, wie erinnerlich, behauptete, dass eine Überwachung der Grenzen nicht gewährleistet und durchgeführt werden könne, ist diese Aussage als eine Aufgabe des Rechtsstaats anzusehen. Deren Konsequenzen für die Zivilgesellschaft sind (noch) nicht abzusehen,

wie genauso in der gegenwärtigen Situation die Folgen einer Kapitulation vor dem weißrussischen Diktator nicht abzuschätzen sind. Die Weigerung, Polen in seinen Bemühungen um die Sicherung der Außengrenzen der EU zu unterstützen, muss aus verantwortungsethischer Sicht als eine verfehlte Politik betrachtet werden. Polen macht aus verantwortungsethischer Sicht das einzig Richtige, weil es die Folgen einer „bedingungslosen" Kapitulation erwägt.

Auch Verantwortungsethiker, zu denen sich der Autor und die christlichen Liberalen insgesamt zählen, sind sich darüber im Klaren, dass in der heutigen Welt Migration und unter anderem auch der Zuzug von Fachkräften nach Deutschland notwendig sind. Doch sie werden immer darauf bestehen, dass diese Einwanderung durch klare Gesetze geregelt ist und im Interesse der aufnehmenden Gesellschaft, also der Bundesrepublik Deutschland, liegen muss. Dass seit Jahren gegen diese Grundsätze verstoßen wird, ist für verantwortungsethisch Denkende nur ein Anlass, unermüdlich für die Orientierung an diesen Prinzipien einzutreten.

Abschließend ist festzustellen, dass aus der Sicht des Verfassers anhand der seit Jahren andauernden Migrationskrise und der gegenwärtigen Lage an der weißrussisch-polnischen Grenze die Urteile Max Webers über den unterschiedlichen Wert von Gesinnungs- und Verantwortungsethik nur bestätigt werden können.

Gott mit Stern

Von Pascal Kober

Im Oktober beschloss der Herbstbundesrat der Katholische jungen Gemeinde (KjG) – der zweitgrößte katholische Jugendverband in Deutschland mit ca. 80.000 Mitgliedern – die Einführung der neuen Schreibweise „Gott*" (also mit Genderstern) innerhalb des Verbandes. Man vertrete den Standpunkt, dass die Möglichkeiten der Gottesbilder vielfältig seien. Wie von Gott gespro-

chen würde, präge auch unser Menschenbild. Die männlich patriarchale weiße Vorstellung von Gott greife theologisch zu kurz, befremde daher zunehmend und erschwere vielen jungen Menschen den Zugang zu Gott.

Richtig ist, dass es vielfältige Gottesbilder gibt:

Auf der Ebene von Gruppenzugehörigkeiten, aber natürlich auch auf individueller Ebene.

Richtig ist auch, dass wir nicht nur die Bibel in unsere Sprache übersetzen, sondern Christen zu allen Zeiten die biblischen Ereignisse und ihre Figuren – und auch Gott in unsere eigene Bild-

Maria mit dem Jesuskind—Darstellungen im Hof der katholischen Verkündigungsbasilika in Nazareth aus Vietnam, Thailand, Chile, China und Schottland (Aufnahmen von: Berthold Werner (Thailand), Tango7174: (Chile und Vietnam), someone10x (China), Benjamín Núñez González (Schottland) © cc-by-2.0 auf Wikimedia

welten übersetzt und in ihren sozialen u. historischen Kontext eingefügt haben. Afrikanische oder alpenländische Weihnachtskrippen, oder Nachbildungen des Heiligen Grabes als Pilger-

stätten in Europa – z.B. in der Cappella Ruccellai in Florenz oder ähnliche Anlagen in Eichstätt, Görlitz, Delft und die Kalwaria Zebrydowska sind hiervon ein Zeugnis.

Gleichzeitig ist es natürlich richtig, dass eine Sichtweise, die Gott als alten Mann imaginiert, der in den Wolken sitzt, mindestens ab einem bestimmten Alter nicht mehr adäquat ist und – wenn sie theologisch vertreten würde – auch abschrecken könnte. Nur wird nicht ganz klar, wo das von der KjG postulierte patriarchale und kindische Gottesbild tatsächlich als Lehrmeinung oder auch nur verbreitete Laienvorstellung existieren soll.

Afrikanische Krippe im Steyler Missionshaus in St. Wendel © Lokilech
GNU Free Documentation License, Version 1.2

Mein Eindruck ist, dass Gläubige, die sich mehr als nur oberflächlich mit Glaubensfragen auseinandersetzen, ein durchaus komplexeres Bild des göttlichen Wesens besitzen. Und sich gleichzeitig bewusst sind, dass dieses Wesen höher ist als menschliche Vernunft und menschliche Kategorien – einschließlich derer von Geschlechtlichkeit – zu fassen vermögen.

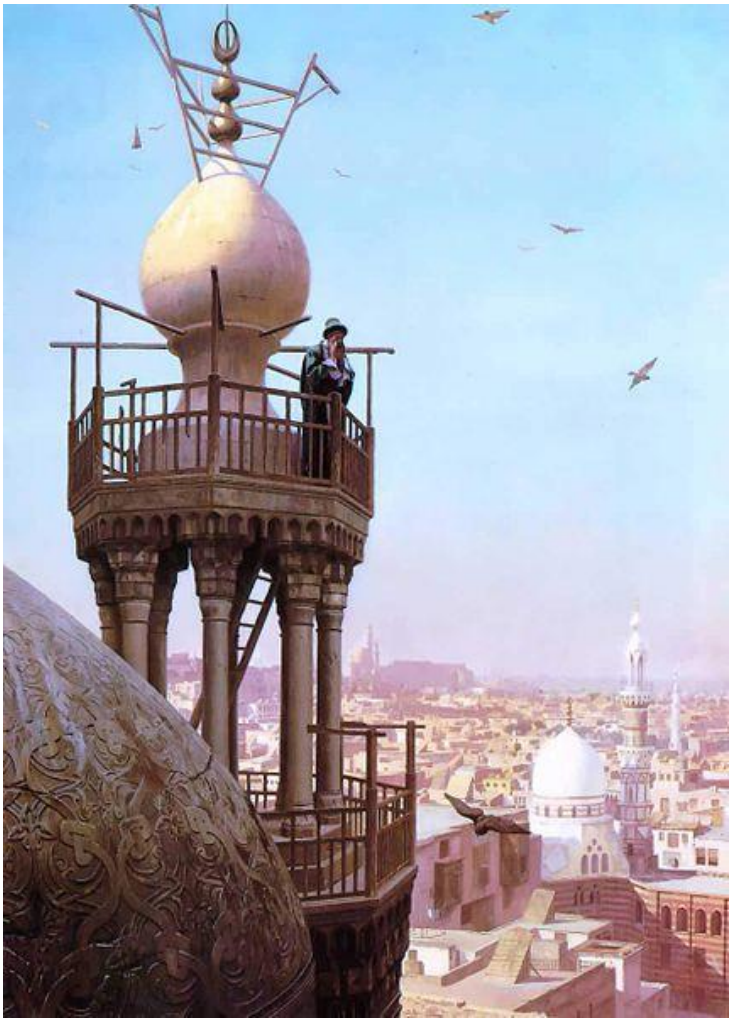
Aber auch wenn man mit der These konform gehen würde, stellt sich die Frage, ob das Sternchen tatsächlich eine Verbesserung darstellen kann. Wenn es falsch ist, sich Gott als männlich, alt und weiß vorzustellen, so würde mit dem Sternchen nur eine Dimension dieses Fehlbildes korrigiert. Wenn man darauf hinweisen möchte, dass ein Gottesbild, das Gott ein (männliches)

Geschlecht zuweisen möchte fehlgeht, macht man es nicht besser, wenn man durch ein Sternchen die vermeintliche Geschlechtlichkeit Gottes geradezu kodifiziert.

Politischer Islam“ – Herrschaftsideologie, Kampfbegriff für ethnisch-islamophobe Ressentiments oder Sammelbezeichnung für politische Aktivitäten von Muslimen? (Teil I)

Von Jörg Diehl

Der „Kölner Muezzin-Ruf“ hat zumindest temporär die Diskussion um den „Islam“ in Deutschland wieder angefacht, insbesondere die Debatte um die Frage, ob es sich bei diesem jeden Freitag zum Gebet auffordernden Ruf nur und lediglich um einen Gebetsruf für Gläubige handle oder ob dieser Ruf des Muezzin nicht doch nolens volens Ausdruck einer politischen Gesinnung sei: der Muezzin-Ruf als Kampfansage des *politischen Islam* und damit öffentliche Proklamation gegen Anders- und Ungläubige – Christen, Juden und Atheisten.



Muezzin (von Jean-Léon Gérôme, 1879)

Der Ruf des Muezzin, sein Inhalt und seine Bekenntnisaufforderung sind klar und eindeutig: *„Allah ist am größten! Ich bezeuge, dass*

es keine Gottheit gibt außer Allah. Ich bezeuge, dass Mohammed Allahs Gesandter ist.“

Zur Erinnerung: Der „Kölner Muezzin-Ruf“ ist als „Modellprojekt“ gedacht. Innert zwei Jahren erhalten die Kölner Moscheen die Erlaubnis, jeden Freitag zwischen 12.00 Uhr und 15.00 Uhr zum Gebet zu rufen. Neben diesem zeitlich Rahmen muss weiterhin eingehalten werden: die phonetische Lautstärke muss angemessen sein, die Dauer des Gebetsaufrufes ist auf fünf Minuten beschränkt und an Moscheen angrenzende Bewohner müssen vorab via Broschüre informiert werden.

Die Kölner parteilose Oberbürgermeisterin *Henriette Reker* sieht in diesem „Modellprojekt“ einen Beitrag der kulturellen, weltanschaulichen und religiösen Offenheit und Toleranz ihrer Stadt und vergleicht den Muezzin-Ruf mit dem Erklingen von Kirchenglocken – Köln sei eine „Stadt der Freiheit und Vielfalt“ und damit sei der Muezzin-Ruf ein „Zeichen des Respektes“ vor Menschen mit muslimischer Herkunft, geschätzt ca. 120.000 Menschen, viele davon türkische Einwanderer der ersten Generation der sogenannten „Gastarbeiter“ (das 1961 mit der Türkei abgeschlossene „Anwerbeabkommen“ zur Entsendung von Arbeitskräften aus der Türkei – und anderer Länder – nach Deutschland) und ihrer Nachkommen. In Köln gibt es 45 Moscheen. Die bekannteste dürfte die 2018 eröffnete Zentralmoschee sein, die durch die türkische Religionsbehörde DITIB geleitet und kontrolliert wird.

Beides, sowohl das „Modellprojekt“ als auch die Begründungen von Kölns Oberbürgermeisterin, stießen auf Zu- und Widerspruch. Festhalten darf man sicherlich, dass das Erklingen von Kirchenglocken nicht zum Bekenntnis und Glauben an den dreieinigen Gott auf auffordert, sondern die Gläubigen auf den bald beginnenden Gottesdienst hinweist und somit einen „Aufforderungs- und Sammlungscharakter“ hat. In der Diskussion meldeten sich insbesondere liberale intellektuelle Islamkritiker wie der arabischstämmige *Ahmad Mansour* und die tür-

kischstämmige *Necla Kelek* kritisch zu Wort: es sei deplatziert, hier von Religionsfreiheit zu sprechen; es gehe um eine Machtdemonstration und das Ganze sei Ausdruck einer fehlgeleiteten Islampolitik, da der Muezzin-Ruf ein Ausdruck einer Ideologie sei. Bemerkenswert auch die Kritik der Vorsitzenden des *„Zentralrat des Ex-Muslime", Mina Ahadi*, die als Iranerin in ihrer ehemaligen Heimat erleben musste, wie der Muezzin-Ruf bei öffentlichen Hinrichtungen erschall.[1] Und die *„Neue Zürcher Zeitung"* widmete dem Ganzen einen bemerkenswerten Beitrag, der insbesondere das „deutsche Toleranzverständnis" sehr kritisch unter die Lupe nimmt: *„Muezzin-Rufe in Köln: Die Selbstverleugnung im Namen der Toleranz nimmt groteske Züge an".*[2]

Jedenfalls: Das Kölner „Modellprojekt" hat das Zeug dazu, sich mit dem, was als „politischer Islam" bezeichnet wird, kritisch auseinander zu setzen. Nebenbei wirft es auch ein (wohl eher ungewolltes, zumindest nicht *expressis verbis* beabsichtigtes) Licht auf die Diskussion, inwieweit den in Deutschland organisierten Islamverbänden ein den beiden Kirchen, jüdischen Gemeinden und (wie in Berlin) auch den Zeugen Jehovas zugestandenes Körperschaftsrecht („Körperschaft des öffentlichen Rechts" bzw. „Staatskirchenrecht") zugestanden werden soll. Anzumerken ist, dass das „Staatskirchenrecht" auf Institutionen und organisierte Religionsgemeinschaften hin konzipiert ist, die „eingeschriebene" Mitglieder haben (die auch aus der Religionsgemeinschaft austreten können) und auf der *Religionsfreiheit* (positive und negative) und der *Trennung von Staat und Religion/ Religionsgemein-*

Logo der Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB)

schaften beruht. Auf die Islamverbände in Deutschland bezogen zeigen sich hier etliche gravierende Probleme und wohl auch schwer zu überwindende Gegensätze (wie z.B. das Recht der negativen Religionsfreiheit, d.h.: aus der Religionsgemeinschaft austreten zu können, bzw. völlig religions- und bekenntnisfrei zu sein, atheistisch oder agnostisch zu leben). Politisch wird m.E. parteiübergreifend an einer Ersetzung des Staatskirchenrechts durch ein „Religionsverfassungsrecht" gedacht, das gerade und insbesondere dem religiösen und weltanschaulichen Pluralismus (und dem Islam in Deutschland und seinen Verbänden) Rechnung tragen soll.

Die grundlegenden offenen Fragen im Falle des Islam betreffen zum einen die Repräsentativität der handelnden muslimischen Vertretungen für die Angehörigen des Islams und zum anderen die einfache Übertragbarkeit der typischen Vertragsinhalte der Staatskirchenverträge auf Verträge mit islamischen Gemeinschaften.[3] Und: Die in der deutschen Islamkonferenz vertretenen Verbände repräsentieren nicht in toto die in Deutschland lebenden Menschen mit islamischen Hintergrund, denn nicht deren Mehrheit ist in Moscheevereinen organisiert.

DITIB-Zentralmoschee Köln © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Politischer Islam – Das ist mitunter ein vermintes Feld, da der Begriff nicht so eindeutig ist, wie seine Formulierung auf den ersten Blick evoziert: Vor einschneidenden Ereignissen wie dem Anschlag am 11. September 2001 und der Flüchtlingskrise 2015 wurde der Begriff synonym für „Islamismus“ verwendet (wobei dieser Begriff ein ebenso „weites Feld der Bedeutung“ darstellt). Mit ihm verwandt, aber mittlerweile von ihm als Sammelbegriff abgelöst, sind die Begriffe "Dschihadismus“, der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 das antiwestliche, terroristische Gewaltpotential des Islams verkörperte.

Parallel hierzu trat der „Salafismus“ als weitere fundamentalistische Bedrohung für die Demokratie ins Licht der Öffentlichkeit und offensichtlich wurde, dass es ein verhängnisvolles Zusammenwirken von Dschihadismus, Salafismus und IS, dem sogenannten „Islamischen Staat“ gibt.

Diese Begriffe, die je auf ihre Weise und auch wieder in ihrer Kombination Ausdruck einer aggressiven, religiös-fundamentalistischen, antidemokratischen und antiwestlichen Ideologie zum Ausdruck bringen, sind aus der medialen Berichterstattung und der Diskussion um „den Islam“ nicht verschwunden; jedoch ist ein Bedeutungsverlust bzw. eine Bedeutungsveränderung festzustellen, die sich in dem Begriffspaar des „politischen Islam“ formuliert – die Wortverbindung wurde zur *Sammelbezeichnung für politische Aktivitäten von Muslimen in Deutschland und Europa* und bezieht sich insbesondere auf die Arbeit der hierzulande (in der deutschen Islamkonferenz) vertretenen islamischen Verbände.

Gibt es den „politischen Islam“ und wenn ja: was ist er? Ist er eine „politische Herrschaftsideologie“, die gerade bei den Vertretern der in der deutschen Islamkonferenz vertretenen Islamverbänden verbreitet ist und dort insbesondere politische Interessen durchsetzen möchte und die Konferenz als „Deckmantel“ verwendet, um „Gegengesellschaften aufzubauen“ (Hamed Abdel-Samad)? Und ist – wie die Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer den Begriff versteht – dieser

ein Instrument, der den Islam als politische Kraft versteht? Ist der Islam eine gott-gegebene Ordnung, in der sich Politik, Gesellschaft und Kultur ein- bzw. unterzuordnen haben? Und: Ist der Begriff das Substrat einer „Unterwerfung“ wie der französische Autor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman schreibt und Ausdruck des Willens einer „totalitären Umgestaltung des Politischen“ und die „Unterwerfung von Gesellschaft, Kultur, Politik und Recht unter islamistische Normen“ wie es die Ethnologin und Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter in ihrem Buch „"Politischer Islam. Stresstest für Deutschland" formuliert?

Mit diesen Fragen werden sich zwei weitere Folgen zum Thema beschäftigen – veröffentlicht im Oster- und Pfingstbrief des Vereins.

Wenn Sie sich, liebe Mitgliederinnen und Mitglieder, am Thema beteiligen wollen, Gedanken, Anregungen und Kritik mitteilen wollen, so sind Sie herzlich eingeladen, sich an einer hoffentlich lebhaften Diskussion zu beteiligen.

Schreiben Sie mir ganz einfach und tragen Sie zu einer lebhaften Diskussion bei:
'Herr Jörg Diehl' <joerg.diehl@christliche-liberale.de>

[1] zitiert aus: *Evangelischer Kirchenbote. Sonntagsblatt für die Pfalz*, 4.11.21

[2] Nachzulesen unter: https://www.nzz.ch/feuilleton/koeln-die-muezzin-rufe-verraten-deutsche-selbstverleugnung-ld.1650252

[3] Vgl. hierzu auch: https://www.bpb.de/apuz/162394/aktuelle-herausforderungen-fuer-das-staatskirchenrecht?p=all. Der Artikel ist – 2013 verfasst – nicht mehr auf dem neuesten Stand der Dinge, aber weiterhin *in der Sache* sehr informativ und zeigt auch die weiterhin bestehenden Diskussionsthemen sachlich auf, die sich gerade bei der Frage eine „Religionsverfassungsrechts“ für die Islamverbände anbietet und inwieweit eine „Gleichstellung“ mit den Kirchen sinnvoll und zielführend ist.

Die Ampel-Koalition und die Kirchen

Von Pascal Kober

Die neue Koalition aus SPD, Grünen und FDP möchte das Religionsverfassungsrecht im Sinne des kooperativen Trennungsmodells weiterentwickeln und so die Beteiligung und Repräsentanz der Religionsgemeinschaften verbessern. Fundamentale Änderungen an unserem Staatskirchenrecht stehen in den kommenden 4 Jahren mithin nicht an, stattdessen baut die Koalition gewissermaßen auf das bewährte Zusammenspiel. In Details wollen SPD, Grüne und FDP im guten Einvernehmen mit den Kirchen dort Anpassungen vornehmen, wo es in der Vergangenheit zu Konflikten gekommen ist. So hat sich „die Ampel“ darauf geeinigt, zusammen mit den Kirchen zu prüfen, wo das kirchliche Arbeitsrecht dem staatlichen Arbeitsrecht angeglichen werden kann. Immer wieder hat es hier in den vergangen Jahren gerichtliche Auseinandersetzungen gegeben, die, so darf man erwarten, mit einem modernen Arbeitsrecht befriedet werden könnten. Dabei sollen aber selbstverständlich verkündungsnahe Tätigkeiten ausgenommen bleiben.

Titel des Koalitionsvertrags der 20. Legislaturperiode

Ein Vorhaben, welches auf den ersten Blick für Überraschung sorgen könnte, ist dass die Koalition plant, die noch auf der Weimarer Verfassung fußenden Staatskirchenleistungen abzulösen. Bisher sind die Länder verpflichtet, den Kirchen u.a. als Ausgleich für vorangegangene Enteignungen von Immobilien und Gütern, jährlich Zahlungen zu leisten. 2021 werden diese ca. 670

Mio. Euro betragen. Schon die Weimarer Verfassung von 1919 hatte vorgesehen, dass sich der Staat mit einer einmaligen Leistung, von den jährlichen Verpflichtungen freikaufen solle. Dies soll nun im Dialog mit den Ländern und den Kirchen geschehen.

Das Ampel-Kabinett und Gott

Von Pascal Kober

Am 8. Dezember 2021 wurde das neue Kabinett im Deutschen Bundestag vereidigt. Die Vereidigung gilt als eines der „Hochämter“ in der deutschen Demokratie. Der Amtseid ist in Art. 56 des Grundgesetzes festgelegt und lautet:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann allerdings auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. Das ist ebenfalls im Grundgesetz festgelegt, konkret in Satz 2 des Artikels 56.

Bei der Vereidigung am 8. Dezember haben so viele Minister auf den Gottesbezug in ihrem Amtseid verzichtet wie noch nie zuvor. Während es beispielsweise 2018 noch drei Minister waren (alle SPD), haben dieses Jahr insgesamt acht Minister auf diesen Zusatz verzichtet.

Allerdings hat eine knappe Mehrheit des neuen Kabinetts von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht, bei der FDP haben sogar alle vier Minister den Gottesbezug mitgesprochen. Bei der SPD leistete mit fünf von insgesamt acht Ministern die Mehrheit den Amtseid mit Gottesbezug, während drei der SPD-Minister, inklusive Bundeskanzler Scholz, darauf verzichteten. Die Minister der Grünen verzichteten alle auf diesen Teil in ihrem Amtseid.

Die Hälfte des Kabinetts gehört keiner Religion an, unter ihnen Cem Özdemir, der die Religion seiner Eltern, den Islam, nicht praktiziert. Christian Lindner ist nicht mehr Mitglied der Kirche, hatte dennoch den Amtseid mit Gottesbezug abgelegt. Marco Buschmann und Bettina Stark-Watzinger sind Katholiken, während Volker Wissing evangelisch ist. Er hat sich außerdem in der Vergangenheit aktiv in der Kirche engagiert, indem er mehr als zehn Jahre als nebenamtlicher Kirchenmusiker in der Pfalz tätig war. Ähnlich verhält es sich mit der Chefin des neuen Bauministeriums, Klara Geywitz (SPD). Sie ist ebenfalls evangelisch und im Arbeitskreis der Christinnen und Christen in der SPD aktiv.

Doch welchen Sinn hat das religiöse Bekenntnis? Wer sich ihrer bedient, verflucht sich für den Fall des Verstoßes gegen die eingegangenen und beeideten Pflichten nicht etwa selbst (wie es älteren Vorstellungen von der Bedeutung des Eides entsprach); er stellt auch nicht etwa seine religiöse Überzeugung in den staatspolitischen Dienst. Roman Herzog, der verstorbene Verfassungsrechtler und Bundespräsident, meinte dazu: "Dass es gerade ein weltanschaulich neutraler Staat ist, der sich der Gläubigkeit seiner wichtigsten Amtsträger bedient, um diese sich weit über die Rechts- und Verfassungsbindung hinaus binden zu lassen, entbehrt nicht jeder Pikanterie." Nein, muss man Herzog widersprechen, stattdessen offenbart der, der die Gottesformel spricht, sein Bekenntnis dazu, dass der Staat und sein Recht auf Werten gründen, die der Idee und dem Recht und dem Staat vorausgehen. „Der Staat“, so sagte es bekanntlich der Staatsrechtler Böckenförde, „lebt von Voraussetzungen.“

Gärten, Schlösser und Kirchen im Burgund (Vorankündigung)

SAFE THE DATE (ca. 28.06. - 04.07.2022)

Die Christlichen Liberalen wollen endlich wieder eine gemeinsame Reise durchführen und hoffen, dass die Corona-Situation das im Sommer 2022 zulässt.

Die Planung zielt auf eine Bus-Tour **ab Stuttgart** (mit Zusteige-Stationen in **Karlsruhe** und **Freiburg**) mit mehrtägigem Aufenthalt in **F-Dijon**, um Gärten, Schlösser und Kirchen im Burgund zu erkunden.

Reservieren Sie sich den Zeitraum vom 28.06. - 4.07.2022 (und wegen der noch nicht abgeschlossenen Planung einige zusätzliche "Flexi-Tage").

Teilen Sie Ihr Interesse, unverbindlich, mit Personenzahl, bitte kurzfristig mit an: thomas.b.m.hesse@christliche-liberale.de. Das hilft uns bei der laufenden Planung.

Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnehmer.

Cornelia und Thomas Hesse

INFORMATIONSBRIEF [03/2021]

CHRISTLICHE LIBERALE